

**Manfred Liebel**

## **Kinderarbeit verbieten? Überlegungen zu aktuellen Kampagnen und Kontroversen**

Für die meisten Menschen im euroamerikanischen Kulturkreis gilt das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit als eine Errungenschaft moderner Staatlichkeit und als ein Gebot der Humanität. Es wird erwartet, dass dieses Verbot weltweit durchgesetzt wird. Nicht zuletzt die Gewerkschaften und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) drängen darauf, den Kampf gegen die Kinderarbeit zu beschleunigen und das Mindestalter (bisher i.d.R. 15 Jahre) anzuheben, ab dem Kindern Erwerbsarbeit erlaubt sein soll. Zwei Beispiele aus jüngster Zeit:

Auf der *Global Child Labour Konferenz*, welche die ILO zusammen mit der holländischen Regierung im Mai 2010 in Den Haag veranstaltete, wurde eine sog. *Roadmap*<sup>1</sup> verabschiedet, in der das Verbot und die „effektive Abschaffung der Kinderarbeit“ als eine „moralische Notwendigkeit“ bezeichnet wird. Damit soll der Menschheit ermöglicht werden, „aus dem Teufelskreis von Armut auszubrechen“. Kinderarbeit wird als „signifikantes Hindernis bei der Realisierung von Kinderrechten, nationaler Entwicklung und der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele“ bezeichnet, „insbesondere derjenigen, die mit Armutsreduzierung, Bildung, Geschlechtergleichheit und HIV/AIDS in Beziehung stehen“. An die „internationale Gemeinschaft“ wird appelliert, „in substantieller Weise ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht zu erhöhen“.

In Deutschland hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im August 2010 erklärt (Beschluss des Geschäftsführenden Vorstandes), sie wolle durch den Kampf für die vollständige Abschaffung der Kinderarbeit einen eigenen Beitrag zur Verwirklichung des Millenniumsziels „Primarschulbildung für alle“ leisten. Da Kinderarbeit verhindere, Kinder „in den Vollzeitunterricht zu schicken“, dürften Kinder erst frühestens mit 15 Jahren „rechtmäßig einer Arbeit nachgehen“. Dies sei auch deshalb wichtig, weil Kinderarbeit verhindere, „dass Erwachsene Arbeit finden und akzeptable Löhne gezahlt werden“. Deshalb müssten alle Regierungen „gewährleisten, dass Kinderarbeit in ihrem Land weder zulässig ist noch geduldet wird“, und die Bemühungen müssten sich darauf richten, Kinderarbeit in „allen ihren Formen“ zu beseitigen.

### **Wofür steht Kinderarbeit?**

Wenn von „Kinderarbeit“ die Rede ist, wird meist assoziiert, dass sie Kinder ihrer Kindheit beraubt sowie gegen ihre Rechte und ihr Wohl gerichtet ist. Die Rede ist in hohem Maße moralisch aufgeladen und erweckt den Eindruck, Kinderarbeit sei für alle möglichen Übel der Welt verantwortlich, von den niedrigen Löhnen der Erwachsenen, über die Armut, bis hin zur Verhinderung der „Entwicklung der Menschheit“. Der Ausdruck Kinderarbeit ist zu einer Art Joker geworden, der für alles und nichts steht und den Blick auf die tatsächlichen Ursachen bestehender Ungerechtigkeiten vernebelt. Er hat sich von der Realität der betroffenen Kinder gelöst und scheint keiner weiteren Konkretisierung oder Differenzierung zu bedürfen: Kinderarbeit ist schlimm, weil sie Kinderarbeit ist.

Selbst wenn wir nur den Blick auf die Kinder richten, lässt sich nicht pauschal beantworten, ob Arbeit ihnen schadet. Sie umfasst ein weites Spektrum, das von aufgezwungenen und

---

<sup>1</sup> Siehe: <http://www.ilocarib.org.tt/portal/images/stories/contenido/pdf/childLabour/ROADMAP%202016.pdf>

sklavenähnlichen bis zu selbstgewählten und selbstbestimmten Formen reicht. Selbst die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die seit ihrer Gründung im Jahr 1919 für die Abschaffung der Kinderarbeit eintritt, war in 1980er Jahren dazu übergegangen, zwischen „tolerierbaren“ und „schlimmsten Formen“ der Kinderarbeit zu unterscheiden (vgl. Liebel 2001, S. 211 ff.). Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF betont seit Jahren, der größte Teil der Kinderarbeit sei zwischen diesen Polen zu finden. In den Sozialwissenschaften wird heute das sog. *Balance Model* favorisiert, das aus einer kinderzentrierten Perspektive die Vor- und Nachteile der Arbeit gegeneinander abwägt und dabei die konkreten Arbeitsbedingungen, Lebensumstände und kulturellen Kontexte berücksichtigt (vgl. Hobbs & McKechnie 2007; Bourdillon, Levison, Myers & White 2010).

Oft wird die Arbeit von Kindern unter Bedingungen ausgeübt, die nicht nur ihre Gesundheit gefährden, sondern auch ihre Bildungsmöglichkeiten beschneiden. Aber viele Kinder arbeiten auch, um sich das notwendige Geld für den Schulbesuch oder die Schulutensilien zu verdienen. Ohne eigenen Verdienst müssten sie – und oft auch ihre Geschwister – auf den Schulbesuch gänzlich verzichten. Wenn arbeitende Kinder in der Schule scheitern, muss das nicht an der Arbeit, sondern kann daran liegen, dass sie in der Schule diskriminiert werden, dass die Schule sich nicht flexibel auf ihre Lebenssituation einstellt oder die Erfahrungen und das außerschulisch erworbene Wissen der Kinder nicht aufgreift.

Eine umstrittene Frage ist, ob die Arbeit für Kinder besonders dann negative Folgen hat, wenn sie dem Lebensunterhalt dient. Die ILO z.B. hält nur solche Arbeiten für tolerabel und unter Umständen sogar vorteilhaft für Kinder, die aus gelegentlichen Hilfen im Haushalt der Eltern bestehen oder für ein zusätzliches Taschengeld ausgeübt werden. Arbeitende Kinder betonen dagegen oft, dass ihnen ihre Arbeit gerade deshalb wichtig sei, *weil* sie notwendig und nützlich ist. Wichtig ist ihnen, dass sie zu einer Arbeit nicht gezwungen werden, sondern selbst entscheiden können, welche Arbeit sie ausüben. Entsprechend sehen sie einen deutlichen Unterschied zwischen *Notwendigkeit* und *Zwang*. Aus dieser Sicht ist nicht die Frage der Notwendigkeit entscheidend, sondern die soziale Beziehung und das Machtverhältnis zwischen den Kindern und denen, die ihre Arbeitskraft in Anspruch nehmen.

Unbestritten ist, dass Kinder, die in großer Armut oder in Verhältnissen leben, in denen sie nicht als Subjekte geachtet werden, weniger Wahlmöglichkeiten haben und oft mit besonders gefährlichen, anstrengenden oder eintönigen Arbeiten vorlieb nehmen müssen. Aber in diesem Fall ist nicht die „Notwendigkeit“ das Problem, sondern der Umstand, dass die Kinder weitgehend machtlos sind und auf ihre Umwelt kaum Einfluss ausüben können. Machtlosigkeit entsteht nicht einfach daraus, dass Kinder klein sind; sie ist kein Naturphänomen, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis. Je kleiner die Kinder sind, desto eher sind sie auf erwachsene Bezugspersonen angewiesen und benötigen deren Verständnis und Schutz. Eigene Rechte der Kinder sind der beste Weg, die Erwachsenen und die Gesellschaft insgesamt an ihre Verantwortung für die Kinder zu erinnern und der strukturellen Machtlosigkeit der Kinder gerade in prekären Lebenssituationen entgegenzuwirken. Je eher sich die Kinder ihrer Rechte bewusst sind, desto eher können sie sich wehren und zu eigenen Entscheidungen kommen.

### **Werden die Kinderrechte ernstgenommen?**

Kampagnen für die Abschaffung der Kinderarbeit, wie die eingangs dargestellten, nehmen heute für sich in Anspruch, zur Umsetzung der in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften

Kinderrechte beizutragen, doch im Kern folgen sie einer anderen Logik. Diese ist zum einen von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bestimmt, indem sie die Arbeit von Kindern zu einer Gefährdung der Funktionsmechanismen des Arbeitsmarkts erklärt. Desweiteren betrachtet sie die Kinder nicht als Subjekte von Rechten, sondern im Sinne der *Social Investment Theory* und einer daran ausgerichteten Sozialpolitik (vgl. Bühler-Niederberger, Mierendorff & Olk 2010) in erster Linie als Investitionsgut und potentiell Humankapital, das nicht verschleudert werden dürfe. Das vermeintlich „beste Interesse“ der Kinder wird einem postulierten „höheren“, gesellschaftlichen Interesse untergeordnet. Es geht mit einer moralisch unterlegten Disziplinierung der Kinder der „unteren Klassen“ einher, denen mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft unterstellt wird, den staatlichen Erwartungen und Leistungsanforderungen zu genügen (vgl. Hendricks 2010).

Dieser Sichtweise entspricht, dass den Ansichten der arbeitenden Kinder, zumal wenn sie aus sog. bildungsfernen Schichten stammen, kein Gewicht beigemessen und ihnen durchweg verwehrt wird, an der Planung solcher Kampagnen mitzuwirken. Von vornherein wird unterstellt, dass das Verbot und andere von oben angeordnete Maßnahmen zur Abschaffung der Arbeit von Kindern im besten Interesse der Kinder lägen und ihrem Wohl dienen.

### **Arbeitsverbot oder Recht zu arbeiten?**

Unter Sozialwissenschaftler/innen besteht heute weitgehend Einigkeit, dass ein generelles Verbot der Kinderarbeit bzw. die Festlegung eines Mindestalters für den Arbeitsbeginn eher Nachteile als Vorteile für die Kinder mit sich bringt. Dies gilt auch für Boykottmaßnahmen im internationalen Handel gegen Produkte, „in denen illegale Kinderarbeit steckt“ (vgl. Liebel 2005). Gegen Mindestaltersregelungen, wie sie heute in den meisten nationalen Kinder- und Jugendarbeitsschutzgesetzen fixiert sind und weiterhin von der ILO gefordert werden, wird eingewandt, dass sie die Kinder nicht in der erwarteten Weise vor Risiken bei der Arbeit schützen, sehr wohl aber häufig unerwartete Effekte haben, welche die Risiken für die betroffenen Kinder noch erhöhen und sie noch verletzlicher machen (vgl. Bourdillon, White & Myers 2009).

Der pauschale Ausschluss von Kindern aus der Arbeit berücksichtigt nicht die spezifischen Lebensumstände der Kinder und ihrer Familien und kann dort, wo das Arbeitseinkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen. Weder ändert er die Gründe, die Kinder veranlassen zu arbeiten, noch respektiert er deren Willen, ihrer Familie beizustehen. Er versetzt die Kinder, die weiter einer Arbeit nachgehen, in eine Situation der Illegalität und macht sie noch rechtloser und wehrloser.

Das pauschale Verbot der Kinderarbeit lässt es nicht zu, die Arbeitsverhältnisse der Kinder differenziert zu betrachten und die Möglichkeiten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszuloten. Es erschwert auch die immer wieder unternommenen Versuche, den Kindern Bildungsmöglichkeiten zu bieten, ohne sie zu zwingen, ihren Arbeitsverdienst aufzugeben, oder neue Arbeitsgelegenheiten für Kinder zu schaffen, die nicht auf Ausbeutung beruhen und sich mit dem Erwerb lebenswichtiger Kompetenzen verbinden lassen (vgl. Liebel 2009b). Den Mindestaltersregelungen liegt ein schematisches Verständnis des Verhältnisses von Arbeit und Kindheit zugrunde, das sich Arbeit nur ohne Kinder und Kinder nur ohne Arbeit vorstellen kann – bis an einer magisch wirkenden Altersgrenze plötzlich alles umgekehrt sein soll.

Kinder bis zu einem bestimmten Alter von der Arbeitswelt fernzuhalten, wird zudem immer mehr zur Fiktion. Viele Kinder betrachten die Arbeit heute nicht nur als ein Mittel zum Lebensunterhalt, sondern auch als Gelegenheit, mehr Selbstständigkeit zu erlangen und neue Erfahrungen zu machen, die z.B. in der Schule nicht möglich sind. Kinder von solchen Erfahrungen fernzuhalten, nur weil sie ein bestimmtes Alter noch nicht erreicht haben, zwingt sie in ein infantiles Ghetto und hindert sie daran, sich in die „Welt der Erwachsenen“ einzumischen. Interessanterweise häufen sich heute in vielen Gesellschaften – auch in Deutschland – die Bestrebungen, bereits Kindern „wirtschaftliche Erfahrungen“ zu vermitteln, aber es wird peinlich vermieden, in diesem Zusammenhang von „Kinderarbeit“ zu sprechen. Mitunter werden auf diese Weise unter der Hand – durch pädagogische Argumente verdeckt – die Kinder sogar instrumentalisiert und neuen Formen von Ausbeutung unterworfen (vgl. Liebel 2008).

Arbeitende Kinder, die sich in den Ländern des Südens in eigenen gewerkschaftsähnlichen Organisationen zusammenschließen, fordern heute sogar für sich ein Recht zu arbeiten (vgl. Nnaji 2006; Liebel 2009a, S. 81 ff.). Dabei geht es ihnen darum, ihre Stellung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu stärken, um sich besser gegen Ausbeutung und ungleiche Behandlung wehren zu können. Zwei Beispiele: Die 13-jährige Claudia aus Kolumbien verkauft Postkarten, die sie und ihre Mutter malen. Seit die Polizei strenger gegen Kinderarbeit vorgeht, verkauft sie die Karten nachts in den Touristengebieten und ist schon mehrfach verhaftet und in der Haft misshandelt worden. Deshalb kämpft sie für ihr Recht zu arbeiten: Sie möchte wie andere Kinder morgens in die Schule gehen. Und nachmittags offen auf der Straße ihre Waren anbieten. „Wenn ich nicht arbeite, müssen wir hungern“, sagt sie. Der 12-jährige Esteban aus Ecuador arbeitet als Gehilfe eines Elektrikers. „Ich muss meist die gefährlichsten Sachen machen, alles, was der Elektriker nicht machen will. Wenn mir was passiert, kräht kein Hahn danach.“ Esteban hat angefangen, sich für sein Recht zu arbeiten zu engagieren, weil er Arbeitsschutzgesetze für sich in Anspruch nehmen möchte und eine Krankenversicherung braucht (weitere Beispiele in: ProNATs & CIR 2008).

### **Wasser auf die Mühlen des Neoliberalismus?**

Gegen die Aufhebung des Kinderarbeitsverbots wird gelegentlich eingewandt, dass damit die Kinder des staatlichen Schutzes beraubt und ihrem Missbrauch und ihrer Ausbeutung Tür und Tor geöffnet werde. Dies sei gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, einer Prekarisierung der Arbeit und wachsender Armut der Fall und erhöhe die Gefahr, dass die „billige Arbeitskraft“ der Kinder die „teure“ der Erwachsenen ersetze, oder dass die Kinder für den Lebensunterhalt der Familien verantwortlich gemacht und zu Lückenbüßern für den neoliberalen Abbau des Sozialstaats gemacht würden. Mitunter wird auch befürchtet, dass verantwortungslose Eltern sich nun skrupellos ihrer Kinder bedienen könnten.

Es sei nicht bestritten, dass sich mit der wachsenden Armut und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen auch die Lebensrisiken für die Kinder erhöhen. Aber das Verbot der Kinderarbeit ist ein untaugliches Mittel, um die Kinder vor solchen Risiken zu schützen, weil es weder der Armut entgegenwirkt noch den Sozialstaat „zurückbringt“. In keiner Region der Welt hat das Verbot der Kinderarbeit in den letzten Jahrzehnten bewirkt, die Zahl der arbeitenden Kinder

zu verringern und deren Ausbeutung zurückzudrängen.<sup>2</sup> Es hat, wie oben gezeigt, die arbeitenden Kinder eher rechtlos und wehrlos gemacht und damit ihren Schutz beeinträchtigt.

Mit dem Recht zu arbeiten wird nicht einfach die Abschaffung eines Verbots, sondern ein neues Recht gefordert, mit dem andere Rechte einhergehen, die einerseits einem besseren Schutz bei der Arbeit, andererseits einer Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Kinder dienen. Wenn Kinder z.B. das Recht haben, die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit zu erhalten, und die Möglichkeit, dieses Recht durch sozialen Zusammenschluss zu unterstreichen, können sie nicht mehr ohne weiteres als billige Alternative zu den Erwachsenen missbraucht werden. Damit müsste freilich auch ein Bewusstseinswandel bei den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen einhergehen in dem Sinne, dass die arbeitenden Kinder als „legitime“ und gleichberechtigte Kolleginnen und Kollegen anerkannt und gegebenenfalls solidarisch unterstützt werden.

### **Brauchen Kinder überhaupt Arbeit?**

Wenn die Arbeit nur als Mittel zum Geldverdienen oder zum Lebensunterhalt verstanden wird, stellt sich in der Tat die Frage, warum Kinder dafür Verantwortung übernehmen sollten. Aber der Sinn von Arbeit geht darüber hinaus, wie jeder (nicht erst) heute bei (erwachsenen) Menschen beobachten kann, die ihre Arbeit verlieren, sich „nutzlos“ vorkommen und am Sinn ihres Lebens zu zweifeln beginnen. Auch die Tatsache, dass Frauenbewegungen seit Jahrzehnten darauf bestehen, die Hausarbeit als „richtige“ Arbeit anzuerkennen, macht dies deutlich. Mit Blick auf die Arbeit von Kindern beginnt erst in jüngster Zeit ein entsprechender Umdenkungsprozess.

Wenn von „Kinderarbeit“ gesprochen wird, wird diese bisher nur im negativen Sinn als Mühsal und Belastung verstanden, die Kindern besser zu ersparen seien. Zwar kamen in der Geschichte der Pädagogik immer wieder Strömungen auf, die auch den Wert der Arbeit für die Würde des Kindes und seine Persönlichkeitsbildung betont haben, doch erst in jüngster Zeit wird von Kindern selbst in verschiedenen Teilen der Welt der Wunsch bekundet, eine „ernsthafte“ Arbeit auszuüben, die Bedeutung für ihre Mitmenschen hat und ihnen Würde und soziale Anerkennung vermittelt (vgl. Liebel, Nnaji & Wihstutz 2008). Für manche Kinder steht dabei das „Geldverdienen“ im Vordergrund (gleichsam als Indikator für „richtige Arbeit“), aber die Arbeitsmotive gehen darüber hinaus und auch beim Geldverdienen geht es vorwiegend darum, wie mehr Selbstständigkeit erreicht und die eigenen Bedürfnisse erfüllt werden können.

Wenn arbeitende Kinder des Südens für sich das Recht zu arbeiten einfordern, betonen sie meist, dass es ihnen um eine „Arbeit in Würde“ oder eine „Arbeit ohne Ausbeutung“ geht. Sie tun dies nicht, um Bedenken der Erwachsenen zu zerstreuen oder das Verbot der Kinderarbeit zu umgehen, sondern weil sie in der Arbeit eine Möglichkeit sehen, interessante und neuartige Erfahrungen zu machen und auf ihre Weise die Welt zu entdecken und mitzugestalten. Auch wenn in diesem Zusammenhang gelegentlich davon die Rede ist, dass die Arbeit ihnen als Kindern gesellschaftliche Anerkennung verschaffe, wird die Arbeit nicht als Voraussetzung, sondern als Bestandteil und Ausdruck ihrer neuen, gleichberechtigten Stellung und Rolle verstanden. Die Rede von der „Arbeit in Würde“ enthält eine andere Vision sowohl von Gesellschaft als auch von Kindheit. Sie kann als integraler Bestandteil einer Solidarischen

---

<sup>2</sup> Der auf der Konferenz in Den Haag vorgelegte neueste *Global Report on Child Labour* (ILO 2010) ist ein unfreiwilliger Beleg hierfür; vgl. Liebel (2010).

Ökonomie verstanden werden, die das auf Gewinnmaximierung fixierte kapitalistische Wirtschaftssystem allmählich ersetzt und neue soziale Beziehungen zwischen gleichberechtigten Subjekten mit sich bringt.

## Literatur

- Bourdillon, M.; B. White & W. Myers (2009): Re-assessing minimum-age standards for children's work, in: *International Journal of Sociology and Social Policy*, 29(3/4), S. 106-117.
- Bourdillon, M.; D. Levison; W. Myers & B. White (2010): *Rights and Wrongs of Children's Work*. Chapel Hill: Rutgers University Press.
- Bühler-Niederberger, D.; J. Mierendorff & Th. Olk (Hrsg.) (2010): *Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden: VS Research.
- Hendrick, H. (2010). Late Modernity's British Childhood: Social Investment and the Disciplinary State, in: Bühler-Niederberger et al., S. 43-71.
- Hobbs, S. & J. McKechnie (2007): The Balance Model Reconsidered: Changing Perceptions of Child Employment, in: B. Hungerland, M. Liebel, B. Milne & A. Wihstutz (eds.): *Working to Be Someone. Child Focused Research and Practice with Working Children*. London & Philadelphia: Jessica Kingsley, S. 225-232.
- ILO (2010): *Accelerating action against child labour. Global Report under the follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work*. Genf: International Labour Office.
- Liebel, M. (2001): *Kindheit und Arbeit. Wege zum besseren Verständnis arbeitender Kinder in verschiedenen Kulturen und Kontinenten*. Frankfurt a.M. & London: IKO.
- Liebel, M. (2005): Dem gesinnungsethischen Reflex widerstehen. Zur Problematik von Sozialklauseln und Gütesiegeln im Kampf gegen Kinderarbeit, in: *neue praxis*, 35(1), S. 47-64.
- Liebel, M. (2008): „Das profitable Klassenzimmer“ – oder: Die Schule als aufblühende Landschaft unternehmerischer Interessen? Zu verborgenen Aspekten wirtschaftlichen Handelns von Kindern in der Schule, in: Liebel, Nnaji & Wihstutz (2008a), S. 163-196.
- Liebel, Manfred (2009a): *Kinderrechte – aus Kindersicht. Wie Kinder weltweit zu ihrem Recht kommen*. Berlin & Münster: LIT.
- Liebel, M. (2009b): Arbeitende Kinder in der Solidarischen Ökonomie, in: Studienreihe des europäischen Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie“ an der Hochschule München (Hrsg.): *Gemeinwesen gestalten – Lernen für eine nachhaltige Entwicklung*. Neu-Ulm: AG SPAK, S. 141-156.
- Liebel, M. (2010): Kinderarbeit abschaffen oder menschenwürdige Arbeit auch für Kinder? Kinder und Jugendliche kritisieren neues Aktionsprogramm der Internationalen Arbeitsorganisation. In: *deutsche jugend*, 58(9), 2010, S. 366-368.
- Liebel, M.; I. Nnaji & A. Wihstutz (2008): Arbeitende Kinder und die Würde (in) der Arbeit, in: Dies. (Hrsg.) (2008a): *Kinder. Arbeit. Menschenwürde. Internationale Beiträge zu den Rechten arbeitender Kinder*. Frankfurt a.M. & London: IKO, S. 391-428.
- Nnaji, I. A. (2006): *Ein Recht auf Arbeit für Kinder! Chance zu gesellschaftlicher Partizipation und Gleichberechtigung*. Marburg: Tectum.
- ProNATs & CIR (2008): *„Wir sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung“. Arbeitende Kinder zwischen Ausbeutung und Selbstbestimmung*. Berlin: ProNATs e.V. & Münster: Christliche Initiative Romero e.V. (Bezug über: [www.pronats.de](http://www.pronats.de) oder [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)).

Quelle: *Forum Wissenschaft. Zeitschrift des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*, 27. Jg., H. 4, Dezember 2010, S. 23-26.